

# **Außenpolitik zwischen Krieg und Frieden**

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2003
- MUSICA PRO PACE 2003
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück



Ernst Schwanhold, Meinhard Miegel

## **Wirtschaft und Ethik – Zur Zukunft von Arbeit und Kapital**

Podiumsveranstaltung im Rathaus der Stadt  
am 14. Februar 2003

*Prof. Dr. Meinhard Miegel*

Direktor des Instituts für Wirtschaft und  
Gesellschaft, Bonn

*Ernst Schwanhold*

Minister für Wirtschaft und Mittelstand,  
Technologie und Verkehr des Landes  
Nordrhein-Westfalen a.D.

*Prof. Dr. Reinhold Mokrosch*

Universität Osnabrück – Gesprächsleitung

*Reinhold Mokrosch:* Es brennt lichterloh auf dem Arbeitsmarkt – kann man da in aller Ruhe über Wirtschafts- und Unternehmensethik reden? In der Steuer- und Gesundheitspolitik gibt es fast wöchentlich Demonstrationen von Handwerks- und Produktionsbetrieben, die gegen die zu hohe Steuer- und Abgabenlast, gegen die zu hohen Lohnnebenkosten protestieren, gegen zu hohe Subventionen gegenüber den Großkonzernen, und damit gegen eine zu hohe Teuerungsrate des Faktors ›Arbeit‹. Sie fordern den Finanzminister auf, die Sparpolitik aufzugeben, die Ökosteuer auszusetzen, den Kündigungsschutz zu lockern. Dennoch gab es 7% weniger Lehrstellen als im Jahr 2001, und 20.000 Jugendliche blieben vor den Türen. Der Protest muss natürlich ernst genommen werden, er alarmiert, denn mittelständische Unternehmen machen über 90% unserer gesamten Wirtschaft aus. Sie stellen 80% der Arbeits- und 60% der Ausbildungsplätze.

Hat die Politik versagt? Haben eventuell die Unternehmen mit ihrer möglichen Selbstverpflichtung zur Unternehmensethik versagt? Die Politik ist zuständig für die Umsetzung der Steuerreform. Sie ist auch zuständig für die Höhe der Lohnnebenkosten, für den ganzen Umbau der sozialen Sicherungssysteme, für die Arbeitsmarktreform und die Subventionspolitik. Aber natürlich sind auch die Unternehmen, vor allem die multinationalen und die Großkonzerne, mitverantwortlich. Es erschreckt mich immer wieder, wenn ich höre, dass Unternehmer in multinationalen Konzernen das 100-fache normaler Arbeitnehmer verdienen. Sind die USA ein Vorbild mit ihrem gegenwärtigen Verzicht auf Sparpolitik? Manche reden von einem ›Raubtier-Kapitalismus‹; damit ist gemeint, dass das Wachstum nicht von innen funktioniert, sondern durch Aufkäufe anderer Firmen.

Ich möchte sieben ethische Prinzipien der Wirtschaft und der Unternehmen anführen:

- Wahrung der Menschenwürde aller in der Wirtschaft Beteiligten
- Ökologische, soziale und zukunftsorientierte Verträglichkeit der Produktion, des Handels, der Entsorgungsprozesse
- Regionale und globale Gerechtigkeit, auch die Gleichstellung von Mann und Frau
- Die Sicherung marktwirtschaftlicher Wettbewerbsregeln, im Mittelstand und bei den Multis; Gesetze gegen unlauteren Wettbewerb
- Keine alleinige Ausrichtung an Profit und Gewinn, keine neoliberale Ideologisierung des freien Marktes, kein Prinzip ständiger Produktivitätssteigerung, kein Streben nach ständigem Marktzuwachs gegenüber der Konkurrenz und dem Staat
- Verhinderung von Korruption und Bilanzfälschung
- Rücksichtnahme auf die noch nicht Geborenen.

Aus diesen wirtschaftsethischen Maximen ergeben sich folgende Fragen:

- Wer setzt diese Regeln durch? Die Konsumenten? Die Gewerkschaften? Die Politik? Die Arbeitnehmer? Die Welthandelsorganisation?
- Wer kontrolliert die Einhaltung dieser Regeln? Der Staat? Die Welthandelsorganisation?
- Und wer sanktioniert letztlich eine Nicht-Einhaltung? Der Konsument? Die Zivilgesellschaft? Der Markt?
- Wer schließt die Steuerschlupflöcher?
- Gibt es überhaupt ›Nachhaltiges Wirtschaften‹? Gibt es ein Welt-Management?

*Meinhard Miegel:* Ich habe mir reiflich überlegt, wie ich dieses Thema angehen soll – Wirtschaft, Ethik, Zukunft von Arbeit und Kapital. Die beste Praxis taugt nichts, wenn sie nicht theoretisch unter- oder übermauert werden kann. Deswegen möchte ich ganz theoretisch anfangen und im Laufe meiner Ausführungen praktisch werden.

Vier tragende Begriffe hat unser Thema: Wirtschaft, Ethik, Arbeit und Kapital. Was ist das überhaupt, *Wirtschaft*? Ich zitiere eine verbreitete Definition: »Wirtschaft ist die Gesamtheit aller Einrichtungen und Maßnahmen menschlicher Daseinsgestaltung, die sich auf die Produktion und den Konsum so genannter ›knapper Güter‹ bezieht«. Diese Definition besagt, dass die Wirtschaft nichts Abgehobenes ist, nichts Isoliertes, nichts, was neben uns steht. Wenn wir morgens aufstehen, dann ergreifen wir Maßnahmen menschlicher Daseinsgestaltung, die sich auf knappe Güter beziehen. In dem Moment, in dem wir aufwachen, fangen wir an zu wirtschaften. Wir können gar nicht anders. Und nicht nur der produzierende, gerade auch der konsumierende Mensch wirtschaftet. Letzterer sogar in

besonders bahnbrechender Weise, denn es ist nicht der produzierende, sondern der konsumierende Mensch, der die Richtung der Produktion bestimmt.

Am Tag, als der letzte ›Trabi‹ vom Fließband rollte, hielt der sächsische Ministerpräsident eine Abschiedsrede vor versammelter Belegschaft. Die Stimmung war verständlicherweise gedrückt, denn die meisten wurden arbeitslos. Der Ministerpräsident fragte, wer nach der Wiedervereinigung noch einen Trabi gekauft habe. Er erntete betretenes Schweigen, dann vereinzelt Lachen, und zum Schluss zeigte einer auf. Ein einziger hatte das Produkt seines Unternehmens noch käuflich erworben. Hätten die Menschen begeistert und massenhaft Trabis gekauft, dann könnte der Betrieb noch heute arbeiten. Sie taten es nicht.

Nun gibt es so etwas wie einen Kultur- und Sozialkreis: Was ist uns darin wichtig? Unsere Ernährung, unsere Kleidung, die Art und Weise, wie wir uns transportieren, unsere Häuser? Wir in Deutschland investieren ungeheuer viel in unsere Häuser. Die meisten europäischen Nachbarn können das nicht nachvollziehen und sind gleichzeitig befremdet, wie schlecht wir uns kleiden und ernähren. Andere Leute setzen andere Prioritäten. Die Produktion sucht die Konsumwünsche aufzuspüren und zu befriedigen. Wir alle entscheiden als Konsumenten, und wir alle entscheiden als Produzenten über den Fortgang der Wirtschaft. Die Wirtschaft ist folglich eine Manifestation von uns allen und der Art, unser Dasein zu gestalten; dadurch bestimmen wir sie. So entstehen Städte, Wohnungen, Transportsysteme, Ernährungsweisen und Unterhaltungsverhalten in einer bestimmten Weise. »Die Wirtschaft ist unser Schicksal«, hat *Walther Rathenau* einmal gesagt. Ich gehe noch einen Schritt weiter und sage: Wir sind die Wirtschaft.

Was ist nun *Ethik*? Ganz schlicht und weitgehend neutral definiert, liefert sie »Normen menschlichen Handelns und deren Rechtfertigung, Begründung, Begründbarkeit«. Was ist am menschlichen Handeln begründbar? Soweit wir die Geschichte zurückverfolgen können, haben sich die Menschen sehr schwer mit der Beantwortung dieser Frage getan. Schon in der frühen griechischen Philosophie finden wir als Antwort: Jede faktisch gemeinsam verfolgte Norm. Wenn wir also sagen können: »Das tun doch alle«, dann ist es ethisch. Der britische Empiriker *Hobbes* meinte, Ethik sei die möglichst friedliche Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Andere sehen Ethik sogar als Schaffung oder Gewährleistung des größtmöglichen Glücks für die größtmögliche Zahl von Menschen an. Sie alle kennen *Kant* mit seinem kategorischen Imperativ: »Handle so, dass die Maxime Deines Wollens zur Handlungsmaxime aller werden kann.« Und schließlich meinte man in moderner Zeit: Ethisch ist das, was sich auf Dauer oder zumindest auf längere Zeit durchsetzt. Die *Wirtschaftsethik* ist, kurz gesagt, die »Gesamtheit aller Vorstellungen und Werthaltungen, die den wirtschaftlich handelnden Menschen eigen sind.«

Aus der Fülle dieser Definitionen schälen sich zwei Bestimmungen heraus: *Ers- tens*: Ethisch ist ein Handeln, wenn es verallgemeinerbar ist. *Zweitens*: Ethisches Handeln gewährleistet eine gewisse Nachhaltigkeit.

Handeln wir ethisch innerhalb und/oder außerhalb der Wirtschaft, handeln wir verallgemeinerbar? Können alle so leben, wie wir leben? Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit *nicht*! Schauen wir uns die Quellen unseres Wirtschaftserfolges und unseres Wohlstands an: Eine wichtige Quelle unseres Wohlstands sind unsere günstigen natürlichen Voraussetzungen wie unser Klima und unsere Topographie. Menschen in anderen Regionen haben es viel schwerer. Ganz offensichtlich ist dieses Glück *nicht* verallgemeinerbar.

Außerdem haben wir eine Fülle von Wettbewerbsvorsprüngen genossen, die auf einer Vielzahl von Gründen beruhten. Schon im 17. und 18. Jahrhundert gab es ein entwickeltes Schulsystem bei uns, das vielen Menschen Bildung ermöglichte. Eine Reihe weiterer Gründe führte dazu, dass wir im 19. Jahrhundert in vielen Bereichen absolute Weltspitze waren. Noch in den 1970er Jahren hatten wir in etwa zehn volkswirtschaftlich relevanten Bereichen eine Spitzenposition, so dass wir Monopolpreise verlangen konnten. Aber ganz offensichtlich können nicht alle gleichzeitig Vorsprünge haben. Unsere westlichen Volkswirtschaften haben ein hohes Maß an Ressourcenkonzentration und -verbrauch, und es gibt so etwas wie einen *brain drain* im Rest der Welt. Wollten also alle so leben wie wir – und die meisten wollen das –, dann stiege die Mehrheit wirtschaftlich auf, aber wir als die oben stehende Minderheit steigen ein wenig ab.

Die Volkswirtschaft ist mit einem Zirkuszelt vergleichbar: Dort werden Masten aufgebaut, von deren Höhe die Höhe des Daches abhängt. Sind die Masten sehr niedrig, kann das Dach nicht hoch gezogen werden; sind sie sehr hoch, kann das Dach höher gezogen werden. Was heißt das konkret? Dank der Tatsache, dass in unserer Volkswirtschaft eine ganze Reihe von sehr hohen Masten standen, war und ist es möglich, einem Friseur für einen Haarschnitt 15 Euro zu bezahlen. In Osteuropa wird die gleiche Leistung bei gleicher Qualifikation für 2 Euro erbracht. Im Unterschied zu dortigen Volkswirtschaften, in denen die Masten niedrig sind, sind sie bei uns hoch, und das ist schon der Kern der Globalisierungsdebatte.

Für immer mehr Menschen anderer Länder gibt es mittlerweile den gleichen Zugang zu Wissen. Sie sind ebenso motiviert und engagiert wie wir, aber sie sind nicht so vorsprungsverwöhnt wie wir, sie sind bescheidener. Deshalb strömt das Kapital weltweit zu denen, die genauso qualifiziert sind, genauso engagiert, genauso motiviert. Damit sind wir bei dem neuralgischen Begriff der *Gewinnmaximierung*: Dieses Einkommen aus Kapital liegt im Interesse *aller* oben Stehenden. Es liegt im Interesse unserer Volkswirtschaft, denn wir sind es, die außerordentlich kapitalintensiv wirtschaften. Die alarmierten Reaktionen auf die Mitteilungen von Lebensversicherungen, nicht in der Lage zu sein, die in Aussicht gestellte Rendite zu zahlen, zeigen, wie empfindlich wir darauf reagieren, dass die Renditen sich verringern. Aber wo werden die Renditen erwirtschaftet, die auf unsere Lebensversicherungen ausgezahlt werden? Zum geringsten Teil in unserer Volkswirtschaft, vielmehr zu weitaus größeren Teilen irgendwo in der weiten Welt, wo Menschen tätig sind, wie eben beschrieben. In unserem Land ist ein Geldvermögen

von 2,1 Billionen Euro akkumuliert worden, und darauf erwarten wir Erträge, und zwar 3, 4 oder 5% und möglichst mehr.

Es geht immer noch um die Frage, ob wir *ethisch* handeln, ob also unser Handeln verallgemeinerbar ist. Jetzt frage ich, ob es *nachhaltig* ist, und auch hier lautet meine Antwort: wahrscheinlich nicht. Einige weitere Gründe: Wir sind in dieser Gesellschaft typische ›Kurzstreckenläufer‹: wir rennen schnell, aber nur über eine kurze Distanz; uns geht rasch die Puste aus. Unser Zeithorizont ist auf unsere individuelle Lebensspanne beschränkt, wir denken nicht mehr in Generationen. Wir nähen keine Kleider mehr für unsere Kinder und Enkel, wir schreinern keine Möbel mehr für die Zukunft, wir bauen auch keine Häuser mehr für spätere Generationen. Die französischen Könige haben großen Wert darauf gelegt, Eichen zu pflanzen, um auch für ihre Nachfahren Bauholz zu gewährleisten. Wer von uns denkt wirklich ernsthaft über die Ressourcenbedingungen, über die Lebensbedingungen in einhundert Jahren nach?

Ein weiterer Ausdruck dieses Phänomens ist die geringe Stabilität der zwischenmenschlichen Beziehungen. Sie sind außerordentlich brüchig geworden. Zwischenmenschliche Beziehungen werden genauso lange aufrechterhalten, wie sie nützen, und sie müssen beiden nützen. Wenn sie nicht mehr nützen, werden sie beendet. Wer hält eine menschliche Beziehung um ihrer selbst willen aufrecht? Die wenigsten unter uns. Wir leisten uns einen exzessiv hohen Verbrauch bei nur geringen Investitionen, und wir investieren außergewöhnlich wenig in Menschen.

Schon zu Beginn der 1970er Jahre ist die Geburtenrate auf zwei Drittel der Bestandserhaltungsrate zurückgegangen, das heißt, die Elterngeneration ersetzt sich nur noch zu 2/3, und diese Kinder werden zudem zu gering qualifiziert. Würden wir eine bestandserhaltende Zahl von Kindern großziehen und ihnen die angemessenen Qualifikationen zukommen lassen, so müssten wir jährlich etwa 70 Mrd. Euro mehr für den Nachwuchs aufbringen. Diese Investitionen in Menschen sparen wir uns, und was wir an den Menschen sparen, investieren wir auch nicht in anderer Form, etwa in Realkapital.

Parallel zum Rückgang der Geburtenrate sank und sinkt die Sparquote. Die Menschen in den 1960er Jahren haben, gemessen an dem, was sie erwirtschafteten, dreimal soviel investiert wie wir. Für uns ist Investition zu einer reinen Bagatelle verkommen. Wir wollen *verbrauchen*.

Ein anderer Indikator: Schauen wir uns einmal die Gestaltungsformen der Kunst an. Die Kunst als Happening: es leuchtet, es blitzt – und ist vorbei. Die Art, wie die Menschen früher gefühlt haben, wenn sie Kunstwerke schufen, ist weitgehend obsolet.

All das spiegelt sich in der Wirtschaft wider. Die brüchig gewordenen Beziehungen in unserem Privatleben finden wir auch in der Wirtschaft wieder. Wir haben eine nur geringe Stabilität im Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis. Noch gibt es im deutschen Recht die Institution der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers und der Treuepflicht des Arbeitnehmers, aber das klingt altmodisch, denn beides hat

sich aufgelöst. Weder fühlt sich der Arbeitgeber als Fürsorgender, noch glaubt der Arbeitnehmer, seinem Arbeitgeber besondere Treue schuldig zu sein. Die Bestandsdauer von Unternehmen sinkt. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert wurden Unternehmen auf Generationen hin geschaffen – diese Zeit ist vorbei. Ein Unternehmen, das heute drei oder fünf Jahre besteht, gilt schon als etwas. Wir sind eine individualistische Gesellschaft, in der – und ich sage das ohne jeden kritischen Unterton – die Maxime der Selbstverwirklichung gilt. Wir haben eine starke Betonung von individuellen Nützlichkeitsabwägungen, und zwar bei allen an der Wirtschaft Beteiligten. Das spiegelt sich auch in der Wirtschaft wider: Jeder versucht, seinen maximalen Nutzen aus einem Wirtschaftsprozess zu ziehen. Dieses Verhalten hat Stärken, z.B. die daraus entspringende hohe Kreativität und die hohe Produktivität. Aber es hat auch Schwächen: Konsequenter individualistisches Verhalten führt zur Selbstaflösung und zur Zerstörung jedes Gebildes, das auf eine Form der Solidarität gegründet ist. Mithin ist dieses Verhalten nicht nachhaltig.

Als Fazit bleibt festzustellen, dass die Wirtschaft ebenso ethisch oder unethisch ist wie die wirtschaftende Gesellschaft als ganze. Es gibt keine unethische Wirtschaft in einer ethischen Gesellschaft und umgekehrt.

Zur Zukunft von Arbeit und Kapital: *Arbeit* ist die zielgerichtete, planmäßige Tätigkeit zur Befriedigung eines Bedürfnisses, bei der geistige und/oder körperliche Kräfte eingesetzt werden. Und *Kapital* ist der Bestand einer Volkswirtschaft an sachlichen Produktionsmitteln (Sachkapital), an festen Anlagen (Anlagekapital), an Vorprodukten und Vorräten, an Betriebskapital, an Forderungen und an Geldkapital. Kapital sind auch menschliche Fähigkeiten aufgrund von Anlagen, Erziehung und Ausbildung. Ein Kapital, das von Einzelnen, die darüber verfügen, einzelwirtschaftlich genutzt werden kann, verschafft diesen einen Eigentümerstatus.

Diese Definitionen verdeutlichen, dass Arbeit und Kapital ebenso wenig voneinander zu trennen sind wie wir und die Wirtschaft. Das zeigt sich ganz besonders deutlich beim Humankapital. Dieses ist entscheidend für die Wertigkeit aller anderen Kapitalformen. Der Wert jeder anderen Kapitalform steht und fällt mit der Qualität des *Humankapitals*: So bleibt Boden wertlos, wenn er nicht genutzt wird, ebenso wie Öl ohne Motoren, die es verbrennen. All das steht und fällt mit dem Wert des Humankapitals. Aber gerade beim Humankapital geht Arbeit in Kapital auf und Kapital in Arbeit. Dieses kostbarste Kapital, das eine Volkswirtschaft hat, entsteht durch Arbeit, und es wird genutzt durch Arbeit. Ohne Arbeit gibt es kein Kapital, aber ohne Kapital gibt es durchaus Arbeit. Was ist Kapital? Kapital ist nicht verbrauchte, Kapital ist konservierte Arbeit. Wer mithilfe von Kapital arbeitet, oder ganz praktisch: wer mithilfe von Maschinen oder Wissen arbeitet, kann sich gewissermaßen zusätzlicher Arbeit bedienen. Jeder, der mit Kapital oder anderen Hilfsmitteln arbeitet, hat einen ›Kollegen‹, und weil er mit zwei oder drei unsichtbaren anderen arbeitet, steigt die *Produktivität*: Er kann mehr erwirtschaften, als wenn er sich nur seiner Hände bedienen würde. Ein Arbeitsplatz, in den



z.B. eine Million Euro investiert sind, enthält die konservierte Arbeit Hunderter von Menschen. Die kritische Frage ist nun, wie die gemeinsame Wertschöpfung dieser liquiden und der konservierten Arbeit zwischen der Arbeitskraft, dem Kapitaleigner und dem stillen Teilhaber verteilt wird. Der Mensch neigt zur Maximierung, und zwar sowohl als Arbeitskraft als auch als Kapitaleigner. Beide Seiten wollen möglichst alles, was an Wertschöpfung erbracht wird. Diese Neigung gilt sowohl für Kapitaleigner, bei denen sie oft thematisiert wurde, als auch für Arbeiter. Arbeitnehmer fordern auch dann Lohnsteigerungen, wenn die gemeinsame Wertschöpfung gar nicht gewachsen ist.

Diese Maximierungsstrategie bei allen Beteiligten, die gewissermaßen in der Natur des Menschen liegt, ist offenkundig unethisch. Sie ist nicht verallgemeinerbar – es können nicht alle alles haben –, und sie ist nicht nachhaltig. Ohne Arbeit verfällt das Kapital, ohne Kapital minimiert sich die Arbeitsproduktivität. Gibt es kein Kapital mehr, nützt die Arbeitskraft den Menschen wenig. Erscheint keine Arbeitskraft, um mit dem Kapital zu arbeiten, so nützt dieses nichts. Einer ist vom anderen existentiell abhängig.

Deswegen wird nach einem ›vernünftigen‹, einem ethischen Ausgleich gesucht. Dabei ist ein schwerwiegendes Problem, dass die Arbeit, gemessen an ihrer Produktivität, oft teurer ist als das Kapital. Die Folge: sie wird vom Konsumenten, und nur von ihm, verdrängt. Dem Produzenten ist es völlig gleichgültig, ob er Kapital einsetzt oder Arbeit; er setzt immer das Billigere ein. Was eingesetzt wird, entscheidet der Konsument, der immer nach dem billigeren Produkt sucht. Jeder prüfe sich selbst: wir alle erwerben selbstverständlich das billigere Produkt, das mit Kapital entstanden ist. Dies ist das Geheimnis des Siegeszuges der industriellen Produktion, ob in der Landwirtschaft oder im handwerklichen Bereich: industrielle Produktion heißt kapitalintensive Produktion.

Eine mögliche Lösung des Dilemmas besteht nun darin, dass *jeder* möglichst an Arbeit *und* Kapital beteiligt sein muss. Es darf nicht heißen: nur Arbeit *oder* nur Kapital. Alle müssen beide Quellen als Einkommensquellen zur Verfügung haben. Die Verfolgung dieses Ziels wurde lange Zeit verkannt, und heute haben wir den misslichen Befund, dass wir uns immer weiter von ihm entfernen. Der Zugang zum Kapitaleinkommen wird immer ungleicher.

*Ernst Schwanhold*: Ich will den vorausgegangenen, grundsätzlichen Ausführungen einige Schlaglichter folgen lassen, die uns, wie ich glaube, in der Diskussion weiterführen werden. Dabei wird die Frage zu stellen sein, welche Instrumente zur Korrektur der Fehlentwicklung des Marktes für Kapital und Arbeit zur Verfügung stehen.

Von *Adam Smith* ist die Prognose überliefert, dass jemand, der kein Eigentum haben kann oder darf, nur danach trachten wird, sich satt zu essen – und zwar möglichst schnell und häufig –, aber nicht zu arbeiten. So begründete Smith die Schaffung von Eigentum, die Akkumulation von Kapital bei jedem Einzelnen und

die Entstehung des Motivs zu arbeiten. Demgegenüber fordern biblische Gebote vom Menschen, er möge nicht ›stehlen‹ und ›nicht begehren des Nächsten Hab und Gut‹. Ethik, wie sie bei unserem Thema im Vordergrund steht, würde ich definieren als ein System von Normen und Maximen der Lebensführung, die sich aus der Verantwortung gegenüber anderen herleitet, und dieses versteht sich gleichermaßen interkulturell wie intra- und intergenerativ.

Unseren Ansprüchen werden wir allerdings durch unser Handeln nicht gerecht, wie etwa das Beispiel des Ressourcenverbrauchs zeigt: Gegenwärtig gibt es 350 Mio. Autos auf der Erde, die fast ausschließlich mit Energie aus Erdöl betrieben werden. Wenn alle Menschen ihr Bedürfnis nach Mobilität in gleichem Maß befriedigen würden, müsste es 1,5 Mrd. Autos geben, und die Ressourcen Luft und Öl wären schnell erschöpft.

Können die Akteure des Marktes diese Problematik antizipieren? Ich bin bei der Frage der Nachhaltigkeit, der Verantwortung gegenüber anderen. Im Fall des Erdöls wäre den nachwachsenden Generationen jeder Entfaltungsspielraum darüber genommen, ihr Mobilitätsbedürfnis zu befriedigen, wenn man von gleichen technischen Möglichkeiten ausgeht, wie wir sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben. Wir hätten also zugleich einen Ersatz anbieten müssen, um die künftigen Mobilitätsbedürfnisse befriedigen zu können.

Die gleichzeitige Realität von Überfluss und Mangel in der Gesellschaft und das Versagen des Marktes als Regulativ seien mit einem weiteren Beispiel demonstriert. Man denke sich eine Seerose in einem Teich, die mit jedem Tag, an dem die Sonne scheint, ihre Größe verdoppelt. Noch am Tag, bevor der Teich abzusterben beginnt, weil die Seerose die ganze Fläche bedeckt, stehen wir davor und loben seine Schönheit mit der blühenden Seerose und der freien Wasserfläche, die Fischen und anderen Bewohnern das Leben ermöglicht. Aber wie schnell kann das Ende eines friedlichen, verträglichen Miteinanders unterschiedlicher Kulturen und Generationen drohen. Ebenso hätten wir die globale Wirtschaft zu Beginn dieses Jahrzehnts betrachten können, als die Aktienmärkte boomten und neue Unternehmen blühten. Hätten wir Kapital zunächst einfach als Geld verstanden, so hätten wir bewundernd vor diesen Märkten gestanden und angenommen, dieses Land, in das so viel Geld strömt, ist reich, und wir können unser Geld für viele Dinge ausgeben. Wir hätten nicht gefragt, wo dieses Geld verdient wird und wo es wirklich zu einer Kapitalakkumulation, also zu Besitz, führt.

Heute fließt Geld aus unserem Land ab und sorgt an anderer Stelle für Bildung, Wohlstand und Arbeit. Die Entfremdung zwischen dem Ort, an dem Kapital erwirtschaftet wird, und dem Ort, an dem es verteilt wird, hat bis zur Unkenntlichkeit zugenommen. Ist in einer globalen Marktwirtschaft eigentlich noch erkennbar, welche Wertschöpfung an welcher Stelle stattfindet? Sind Wertschöpfung und soziale Sicherheit der Menschen im Einklang? Diese Frage beschäftigt jeden ganz praktisch: Welche Sicherheit kann ich eigentlich für die Arbeit, die ich leiste, und

für das Kapital, das ich angespart habe, erwerben und zu wessen Lasten geht das womöglich?

Offene Märkte – insbesondere Kapitalmärkte – und globale Wirtschaft erfordern andere Regulierungsmechanismen und Instrumente und übrigens auch ein anderes Bewusstsein im Verhalten, als wir heute vorfinden. Sind wir mit unseren Entscheidungsparametern in eine globale Marktwirtschaft hineingewachsen? Oder sind wir regional geblieben und meinen, die alten, begrenzten Entscheidungsparameter weiter benutzen zu können, im Glauben, weiterhin die richtigen Instrumente in der Hand zu haben?

Hier tut sich die größte Differenz auf zwischen dem, was zu tun wäre, und dem, wozu wir in der Lage sind. Das gilt übrigens insbesondere für die Politik, weniger für die Unternehmen, die durchaus in globalen Rastern entscheiden können. Aber in diesem Land muss so viel bleiben, dass die hier lebenden Menschen ihre Ansprüche und Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit wie auch nach intakter Umwelt befriedigen können.

Die Frage nach der Verantwortungsethik (*Hans Jonas*) ist heute völlig neu zu stellen. Wer nimmt Verantwortung an welcher Stelle wahr? Gleichzeitig verfügen wir – nicht nur in unserem Land – über den größten materiellen Reichtum aller Zeiten. Die uns gestellte Frage, ob wir Abkehr nehmen können von der ›Gewinnmaximierung‹, vom größtmöglichen Ertrag bei geringstmöglichem Mitteleinsatz, weist indes in eine fatale Richtung. Wir müssen nur Verantwortungs- und Entscheidungsebenen zueinander bringen, weil sich nämlich Ökonomie und Ökologie in dieser Frage in Übereinstimmung befinden: Auch die Ökologie fordert den höchstmöglichen Ertrag mit geringstmöglichem Einsatz. Es ist vielmehr nach der Verteilungsgerechtigkeit und nach den Instrumenten der Produktion zu fragen. Die Ziele: Vollbeschäftigung, Gesundheit, Alterssicherung, Behinderungsversorgung bleiben richtig, denn das sind die praktischen Ausformungen dessen, was wir uns unter Ethik und ethischem Verhalten vorstellen. Der Staat beansprucht dabei, die individuelle Daseinsvorsorge zu unterstützen und eine gemeinschaftliche Daseinsvorsorge zu übernehmen. Das Prinzip wurde aber so weit vorangetrieben, dass jedem Individuum suggeriert wurde, es könne die individuelle Verantwortung abgeben. Nun funktionieren die kleinen Netze nicht mehr. Das Subsidiaritätsprinzip ist zerstört, und die großen Einheiten sind zu teuer und belasten den Standort und vertreiben Arbeit, weil sie dorthin verlagert wird, wo die einzelnen Faktoren der Kapitalbildung günstiger sind.

Die Frage ist, an welcher Stelle der Staat sich künftig zurücknimmt und die Subsidiarität wieder deutlicher in den Vordergrund stellt. Dennoch muss er ethisch handeln und seine Fürsorgepflicht gegenüber denen annehmen, die sich nicht selbst helfen können. Ethisches oder moralisches Verhalten erwächst aber auch nicht aus der *Maxime*: »Ich bekomme alles und leiste selbst nichts«. Auch diese Erkenntnis muss sich in dieser Gesellschaft durchsetzen.

Stehen uns also geeignete Instrumente zur Verfügung? Ich stimme Professor Miegel darin zu, dass in Ausbildung und Bildung als Schlüsselressourcen dieses Landes viel mehr investiert werden muss. Bildung und Ausbildung müssen mit Leistungsbereitschaft einhergehen, die wir fördern müssen, und mit Leistungswilligkeit, die wir nicht verkümmern lassen dürfen. Wir haben aber in den sozialen Netzen eine ›Kaskomentalität‹ eingeführt und nicht das Anreizprinzip. Ist das soziale Netz reformierbar, wenn wir nur diese Kaskomentalität mit immer neuen Feinheiten versehen, um ein neu erkanntes Problem zu lösen? Oder muss nicht aus dem Kaskoprinzip ein Anreizprinzip werden, wie wir es übrigens anderen schon lange empfehlen, wenn wir z.B. über die Entwicklungshilfe reden. Dort weisen wir immer wieder darauf hin, dass das Saatgut gegeben werden muss und nicht das Essen. Wir müssen also wieder ›Saatgut geben‹, für die sozialen Sicherungssysteme wie für die technologische Entwicklung im eigenen Land, und wegkommen von dem Prinzip des Sattmachens.

Welche Probleme müssen global geregelt werden? Was kann die Politik tun, was der Verbraucher? – Dass der Verbraucher mit seinem Handeln darüber entscheide, was gut für ihn ist und was nachhaltig und zukunftsverträglich, erscheint mir allzu idealtypisch. Die in den letzten Jahren entstandene ›Internetgeneration‹ zeigt heute Konsummuster, die kein Verbraucher wirklich benötigt, und erwirbt Waren, die eigentlich niemand produzieren müsste. Es ist die Frage, ob die Nachfrage das Produkt konzipiert oder umgekehrt.

Ressourcen und Umweltregeln sind nicht zuerst lokale, sondern globale Fragen. Wir haben aber kein globales Regime, obwohl darüber intensiv diskutiert wurde. Nicht einmal bezogen auf Wirtschaftskreisläufe existiert ein solches globales Regime, wie es z.B. die Europäische Union ist, obwohl diese schon längst kein geschlossener Wirtschaftskreislauf mehr ist.

In offenen Kreisläufen gibt es nur offene Systeme. So haben wir die WTO als eine stumpfe Waffe, die eigentlich Handelsströme absichern soll, aber Fragen von Nachhaltigkeit und sozialer Sicherheit nicht wirklich einbezieht und dafür kein Diskussionsforum bietet. Allenfalls die UNO und ihre Unterorganisationen bieten Foren, auf denen diese Fragen diskutiert werden. Alle bisherigen Anläufe und Versuche, u.a. über Kommissionen, haben sehr genau zu beachtende Postulate erarbeitet, aber es gibt kein Regime, d.h. keine Umsetzungsstrategien.

Die Suche nach einer marktkonformen Strategie muss wohl in den Vordergrund gestellt werden, da die ordnungsrechtlichen Strategien immer durch den Einflussbereich des jeweiligen Gesetzgebers begrenzt sind. Deshalb wird es eine spannende Frage sein, ob z.B. das Problem der Emission von Kohlendioxyd oder anderer Schadstoffe über das nationale Ordnungsrecht oder über die Möglichkeit eines Emissionshandels geregelt wird. Das wäre auch als Interessensausgleich zwischen Industrie- und Nicht-Industrieländern von zentraler Bedeutung, weil damit auch Kapitaltransfer verbunden sein könnte, und ist insofern auch für die Diskussion der Nachhaltigkeitsproblematik von Bedeutung. Europa als Handlungsfeld wird da

eher zum Hemmnis, denn hier werden eher die Traditionen der zentralen europäischen Staaten fortgesetzt, wird die Kreativität mit Regeln erstickt und es werden jene Instrumente weiter ausdifferenziert, über die schon lange das Urteil gefällt ist, untauglich zu sein, und die keine Hilfe bieten, soziale, intra- und intergenerative Gerechtigkeit herzustellen.

Was verlangen wir von den Unternehmen? Tragen sie hinreichend dazu bei, technische Innovationen abzusichern, etwa durch Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter? Haben sie sich nicht genauso aus der Verantwortung gezogen und diese dem Staat überlassen? Viele Unternehmen sorgen nicht mehr selbst für ein auf Jahre hin ausreichend geschultes Personal und dafür, dass der Kapitalstock des Unternehmens nicht nur aus Maschinen, Anlagen und Barvermögen auf dem Konto besteht, sondern auch aus Personal, aus neuen Produktideen und aus Weiterentwicklung. Haben die Unternehmen dazu beigetragen, dass ihre Produkte auch für die Menschen sicher sind, die sie konsumieren? Das ist die Frage nach der Technologiefolgenabschätzung und der Produktabschätzung. Immer wieder haben wir die Erfahrung gemacht, dass dem Konsumenten keine Entscheidungsmöglichkeit bleibt. Dafür ist die Jagd nach dem ›billigsten‹ Produkt ein gutes Beispiel: Über die ökologischen Lasten, die vielleicht dahinter stehen, wird nicht gesprochen. Und nicht einmal die Entscheidung über die eigene Gesundheit durch die Produktauswahl ist dem Konsumenten wirklich überlassen, denn dem Konsumenten werden Informationen vorenthalten, ohne die er als mündiger Bürger nicht entscheiden kann.

Ich bin überzeugt, dass alle Marktteilnehmer gemeinsam die Ethik einer Gesellschaft bestimmen und auch die der Wirtschaft. In die Schonung der weltweiten Ressourcen muss noch einiges investiert werden. Wenden wir genug auf für die Schlüsselgröße ›Bildung‹? Übernehmen wir internationale Marktverantwortung? Übernehmen Wirtschaft und Politik Ressourcenverantwortung? Sind wir gesundheitsverträglich? Stellen wir friedensfördernde Produkte her? Erst wenn wir dieses alles tun, leben wir nach ethischen Maßstäben wirklich in einer Gesellschaft und einer Wirtschaft, die den eigenen Maßstäben gerecht wird. Reine Verzichtstrategien werden keine Akzeptanz finden.

Was aber sind die neuen Strategien? Die Politik muss darauf Antworten geben. Aber auch die Wirtschaft muss mit vorhandenen Ressourcen verantwortungsvoll umgehen. Gilt ein 125 Jahre altes Unternehmen, das in Schwierigkeiten ist, heute noch etwas? Nein, jedenfalls nicht in den Augen derjenigen, die dem Unternehmen Kredite zur Verfügung stellen müssten, damit es in Arbeitsplätze der Zukunft investieren könnte. Insofern gibt es eine Trennung von Entscheidungs- und Verantwortungsebene auch im eigenen Land.

Diese haben wir wieder zusammenzuführen.

*Meinhard Miegel:* Es trifft natürlich zu, dass ein Verbraucher dazu verleitet werden kann, ein Produkt zu erwerben oder sich in bestimmter Weise zu verhalten.

Wenn mir eine Sache nur attraktiv genug angeboten wird, kaufe ich sie vielleicht. Aber das sind doch relativ seltene Fälle, und vor allem funktioniert es nicht auf Dauer. Entweder wir machen ernst mit dem ›mündigen Bürger‹, dem geschulten Konsumenten – und es wird ja viel aufgewendet, um den Verbraucher zu informieren –, oder wir sehen den Verbraucher als manipuliertes Wesen. Für beide Seiten lassen sich Belege finden. Jeder, der in der Wirtschaft tätig ist, hat wiederholt erlebt, mit einem Produkt zu scheitern. Er war der Auffassung, sein Produkt müsse laufen; der Verbraucher indessen streikte. Es mag erstaunen, wie Verbraucher in einer Art ›stiller Post‹ ihre Abneigung gegen ein Produkt bekunden können.



Meinhard Miegel

Man sollte also weder in der einen noch in der anderen Richtung überzeichnen. Ich räume ein, dass es so etwas gibt wie eine Manipulation des Verbrauchers. Aber es gibt eine Gegensteuerung, mit der der Verbraucher den Produzenten manipuliert.

Welche Strategien sind möglicherweise ethischer in dem von mir definierten Sinne? Ich habe hoffentlich deutlich gemacht, dass ich nicht für einen abstrakten Wertekatalog eintrete, sondern für eine pragmatische Strategie. Verzichtsstrategien, die als solche daherkommen, werden nicht funktionieren, da sind wir einer Meinung. Dass wir ein Stück weit Verzicht werden üben müssen, auch darin werden wir übereinstimmen. Die Frage ist, wie man die Verzichtsstrategie verkleidet, damit die Bevölkerung Verzicht akzeptiert. Das ist natürlich eine Top-Managementleistung der einschlägigen Branchen, die gerade diese Kunst beherrschen müssen.

Genau genommen hat die Verzichtsphase bereits begonnen, denn seit geraumer Zeit haben wir überhaupt kein Wachstum mehr; wir *glauben* nur noch, es zu haben. Was an realem Wachstum präsentiert wird, verändert nicht mehr unseren Lebensstandard. Wir treten *de facto* seit zehn, eher sogar seit zwanzig Jahren auf der Stelle! Dafür gibt es ganz handgreifliche Indikatoren. Obwohl der Nettolohnzuwachs in den zurückliegenden 20 Jahren bei knapp 30% liegt, ist die reale Eckrente heute ebenso hoch wie 1980. Die Kaufkraft aller abhängig Beschäftigten Westdeutschlands ist – bezogen nur auf das Erwerbseinkommen – exakt die gleiche wie vor 20 Jahren. Auch daran hat sich nichts geändert. Wir haben die Transfereinkommen erhöht und haben höhere Einkommen aus Vermögen, aber im Bereich der Erwerbsarbeit tut sich sehr wenig.

Auch was die Infrastruktur dieses Landes betrifft, treten wir auf der Stelle. Angesichts des hohen Substanzverzehr, den wir betrieben haben, zeigt sich, dass wir keine Fortschritte mehr machen und kein Wachstum mehr haben. Der wohl dramatischste Substanzverzehr trifft die Bevölkerung selbst, wenn wir nur zwei Drittel der heutigen Bevölkerungsanzahl nachwachsen lassen, und diese zudem noch schlecht ausbilden. Aber auch eine andere Form von Substanzverzehr ist alarmie-

rend, und das ist die Verschuldung, die wir betrieben haben. Das heißt, die öffentliche Hand zieht die Mittel der Privathaushalte an sich, gibt sie für irgendetwas aus, und der auf seine Ersparnisse stolze Bürger ergötzt sich gleichzeitig an seinen Ersparnissen und am Rathausbrunnen, ohne zu begreifen, dass eben seine Ersparnisse durch diesen Brunnen fließen.

Der Schuldnerstaat kann aber dem Bürger als seinem Gläubiger nur seine Schulden zurückerstatten, wenn ihm der Gläubiger das Geld dafür gibt, d.h. die Bürger müssen all das noch einmal erarbeiten, was sie glauben, schon einmal erarbeitet zu haben. Das ist eine Form großangelegten Selbstbetruges, aber so geschieht es ganz einfach. Deswegen sind wir bei dieser Verzichtstrategie schon viel weiter fortgeschritten, als wir glauben.

*Ernst Schwanhold:* Bezogen auf unser Land ist durchaus zutreffend, dass wir kein reales Wachstum haben, aber wir haben ein *globales* Wachstum. Das ist zweifellos zu begrüßen, ist aber nicht nachhaltig. Wir müssen Wege zur Nachhaltigkeit finden, aber wir haben auch die besondere Verantwortung, »exportfähige Wachstumsmodelle« zu entwickeln. Dabei transportieren wir mit unseren Verkehrsströmen auch das Leichtigkeitsgefühl des Individualverkehrs und suggerieren, dass jeder Mensch auf Erden nur ein Ziel haben muss: nämlich so zu fahren wie wir in unseren Luxusautos. Das aber ist *kein* exportfähiges Modell. Wir sind, obgleich größte Automobilproduzentenation, mit unserem gesammelten technischen *Know how* keinen Schritt weitergekommen. Auch das »Dreiliterauto« bedeutet keinen wirklichen Durchbruch. Wir haben noch kein exportfähiges Wachstumsmodell entwickelt, das allen Menschen die Chance gibt, an dieser Mobilität zu partizipieren, und das lässt sich auf viele andere Bereiche übertragen. Möglicherweise erweist sich künftig das Internet mit seinem zeitgleichen Angebot einer Vielzahl von Daten und Informationen als Wegweiser in die richtige Richtung.



Ernst Schwanhold

Beim Thema »Substanzverzehr« an Bevölkerung wende ich mich bezüglich der angeführten Modellrechnung, was die Zahl der Menschen angeht, gegen die Beschränkung auf die in Deutschland von deutschen Eltern Geborenen. Insgesamt gibt es aufgrund der Zuwanderung in Deutschland eine zunehmende Zahl von Menschen in Deutschland. Darunter sind Menschen aus anderen Kulturkreisen, die uns vielleicht vor neue Herausforderungen stellen, aber die deswegen nicht weniger Substanz mitbringen. Von einem Substanzverzehr kann hier deshalb keine Rede sein.

Zur Kreditaufnahme der öffentlichen Hand ist anzumerken, dass natürlich auch rentierliche Investitionen vorgenommen werden. Aber je mehr sich Wirtschaft und Gesellschaft aus bestimmten Verantwortungsbereichen zurückziehen – etwa bei

der Ausbildung –, muss der Staat als Ersatz eintreten. Das geht nur im Wege der Umverteilung, und insofern muss man differenzieren: Ohne rentierliche Investitionen wie etwa in die Bildung an Universitäten und Fachhochschulen, die den Kapitalstock der Volkswirtschaft vermehren, wären wir möglicherweise frühzeitig an ein Ende der ökonomischen Entwicklung gekommen oder hätten Grundpfeiler des Wachstums verloren.

*Meinhard Miegel:* Richtig ist, dass die Bevölkerungslücke, die aufgrund der gegenüber der Geburtenrate weit höheren Sterberate droht, bisher nicht eingetreten ist. Diese Lücke ist bisher mehr als geschlossen worden, aber das ändert nichts daran, dass die ansässige Bevölkerung nicht im erforderlichen Maß in den Menschen investiert. Stattdessen verlassen wir uns darauf, dass diese Investition in der Dritten Welt passiert, von wo wir den Nachwuchs später zu uns holen. Wir gehen sogar so weit, den Menschen, den wir uns als fertiges Produkt abholen, nicht einmal zu integrieren. Auch diese Kosten sparen wir uns, auch das ist uns noch zu mühsam. So kommt es, dass in dieser Gruppe eine weit überproportionale Zahl von Menschen ohne Schulabschluss oder Ausbildung bleibt und eine hohe Arbeitslosen- und Sozialhilfequote sowie eine hohe Kriminalitätsrate festzustellen ist. Wir halten optisch die Bevölkerungszahl hoch, aber wir haben keine konsolidierte Bevölkerung mehr. Wir lassen große Löcher entstehen, die sich mit einem gewissen Automatismus füllen, weil Menschen zuströmen, die wir dann weitgehend sich selber überlassen. Das zeigt, dass wir in diesem Land doch einen Substanzverzehr betreiben.

*Reinhold Mokrosch:* Welche globalen Strategien können wir entwickeln, um z.B. eine solche Nicht-Integration zu verhindern? Herr Schwanhold, Sie sagen, wir brauchen Globalstrategien – aber welche?

*Ernst Schwanhold:* Eines der marktwirtschaftlichen Instrumente zur ökologischen Globalsteuerung ist ein Zertifikatehandel mit Emissionsrechten, der über Ländergrenzen hinweg allen Menschen zugute kommen kann, wenn es ein Regime gibt, das diesen Zertifikatehandel vernünftig managt und den hohen oder niedrigen Verbrauch entsprechend bewertet. Außerdem brauchen wir in den Industriegesellschaften Impulse zu Investitionen und zur Entwicklung von exportfähigen Wohlstandsmodellen. Problematisch ist aber, dieses durch ordnungsrechtliche und nicht marktkonforme Vorgaben aufpfropfen zu wollen, denn das wirkt marktverzerrend, und der Markt lässt solche Wettbewerbsverzerrungen nicht zu, sondern bestraft sie. Diese Erkenntnis ist nach der mehrstufigen Einführung der Ökosteuer offenkundig geworden. Darüber hinaus ist über einige Schlüsselressourcen zu reden, darunter zum einen über Wasser und Boden und zum andern über das Öl. Hier ist die Frage, ob wir dem ›freien Markt‹ – der ganz so frei nicht ist, sondern in den Händen weniger – mit internationalen Regelmechanismen beikommen können



oder nicht. Hier bedarf es anderer Regime, die nicht dirigistisch-planwirtschaftlich, sondern marktwirtschaftskonform sein müssten, und der Zertifikatehandel könnte ein Weg sein.

*Publikum:* Herr Miegel, ausgehend von der Bedeutung des Konsumenten und seiner Entscheidungen geht es weniger um die Frage, ob der Konsument manipuliert wird oder nicht, sondern darum, welche Entscheidungsalternativen er hat. Es kommt darauf an, wie viel Geld er hat, aber ebenso kommt es darauf an, was auf den Markt gebracht wird. Es geht nicht darum, dass wir vielleicht zu konsumsüchtig seien, sondern darum, unter welchen Voraussetzungen in die Produktivkräfte, darunter das akkumulierte Humankapital, investiert wird, die unseren Wohlstand erzeugen. Dabei stellt sich die Frage, wer die Rahmenbedingungen setzt, unter denen die ökonomischen Akteure stehen, wenn z.B. unsere besten Wissenschaftler ins Ausland gehen oder wohlhabende Leute ihre Kinder zur Ausbildung ins Ausland schicken oder wenn Unternehmen ins Ausland gehen, weil dort die Rahmenbedingungen für die Produktion günstiger sind.

Diese Rahmenbedingungen sind wesentlich durch staatliche Vorgaben bestimmt, durch die in der Entwicklung der BRD eine ganze Reihe wesentlicher sozialer Errungenschaften abgesichert wurde. Dabei ist nun aber ein Stand erreicht, an dem wir vergessen haben, dass die Voraussetzungen für die Investition in Humankapital und in Realkapital dadurch massiv beeinträchtigt werden. Unsere Fähigkeit, den früheren wirtschaftlichen Vorsprung gegenüber anderen Ländern durch Innovationskraft aufrechtzuerhalten oder zu steigern, ist nicht mehr gegeben, weil wir alles staatlich geplant und organisiert haben. Nicht die Gestaltung der Rahmenbedingungen steht dabei im Vordergrund, sondern die Steuerung von Prozessen, die sich immer noch besser marktwirtschaftlich regulieren.

*Publikum:* Sind weitere Arbeitszeitverkürzungen sinnvoll?

*Publikum:* Einem Zukunftsmodell der US-Regierung *Carter* zufolge wird der Westen seine Hegemonialstellung nur behalten können, wenn sein ›kulturelles Projekt‹ die gesamte Welt zwar weiterhin begeistert, aber nicht zu ihrem allgemeinen Zustand wird, denn dann bräche die Welt zusammen. Die Schlussfolgerung lautet also: Will der Westen seine kulturelle Hegemonie bewahren, so müsste er sich kulturell bis zur Unkenntlichkeit verändern. Will er aber weiterleben wie bisher, so muss er dafür sorgen, dass der Rest der Welt nicht so wird wie er selber. Wofür plädieren Sie?

*Meinhard Miegel:* Wirtschaft besteht immer aus Menschen, und diese Menschen haben ein soziales Umfeld. Sowohl als Produzent als auch als Konsument sind sie Teil der Gesellschaft und spiegeln deren Neigungen, Stärken und Schwächen. Es wurde auf die ›Abstimmung mit den Füßen‹ hingewiesen: Das trifft nicht nur auf

diejenigen zu, die das Land verlassen, sondern auch auf die große Zahl derer, die in den Schwarzmarkt abtauchen oder ihr Einkommen nicht versteuern. Alles zusammengenommen, kann man mittlerweile von einer massiven Bürgerbewegung sprechen. Der Bürger fühlt sich vom Staat ausgebeutet, und in dem Moment kehren sich die Verhältnisse um: Der Staat muss immer größere Anstrengungen unternehmen, um sein Handeln zu stabilisieren, und das Ganze gerät in eine Abwärts-spirale. Wir sind sicherlich an einem Punkt, an dem wir die Kräfte des Marktes in einer kontraproduktiven Weise eingeschränkt haben.

Die Frage nach der kulturellen Hegemonie und unserer Option dabei führt in ein objektiv nicht lösbares Dilemma. Wollen wir diese Hegemonie erhalten, so darf das, was wir hier treiben, nicht verallgemeinert werden. In dem Moment, wo dies geschieht, ist es vorbei mit der Überlegenheit. Das reale Wachstum pro Kopf der Weltbevölkerung steigt wesentlich stärker an als das reale Wachstum in den hochentwickelten Industrieländern. Ich gehe davon aus, dass wir aufgrund unserer demographischen Veränderung – das hat nicht primär mit Ökonomie zu tun – in einen mäßigen Abwärtstrend geraten werden, während andere aufsteigen. Ob und wann wir uns treffen, vermag ich nicht zu sagen.

Zu möglichen Arbeitszeitverkürzungen will ich eines sagen: Wenn es richtig ist, dass Arbeit gleich Kapital ist, und Kapital gleich Arbeit, dann ist die Voraussetzung zur Wohlstandsmehrung Arbeit. Wenn wir aber so tun, als könne die Arbeit wahllos verteilt werden, dann schließen wir zugleich Wohlstandsmehrung aus. Umgekehrt kann man sagen, dass in Deutschland seit langem zu wenig gearbeitet wird. Wenn wir kein reales Wachstum mehr haben, dann, weil nicht genug gearbeitet wird. Weil nicht mehr gearbeitet wird, haben wir nicht mehr Kapital. Wir können es halten, wie wir wollen, aber wir können nicht auf der einen Seite Wohlstandsvermehrung beabsichtigen und auf der anderen Arbeitsvolumen abbauen. Das funktioniert nicht.

*Reinhold Mokrosch:* Herr Schwanhold, wird der Bürger heute vom Staat ausgebeutet? Wird in Deutschland zu wenig gearbeitet?

*Ernst Schwanhold:* Die Frage, ob der Bürger vom Staat ausgebeutet wird, würde ich uneingeschränkt bejahen, auch wenn wir dazu eine Debatte über die Effizienz der staatlichen Instrumente beginnen müssten, mit denen der Wohlfahrtsausgleich und das Sozialstaatsgebot umgesetzt werden sollen. Setzt man hohe Steuern an und will Gerechtigkeit dadurch herstellen, dass viele Ausnahmen möglich sind, erreicht man weder Gerechtigkeit noch hohe Einnahmen, sondern nur Nachdenken darüber, den Steuerstandort zu verlassen. Wie aber ist herbeizuführen, was der Markt aus sich heraus nicht schaffen kann? Der Markt schafft keine soziale Sicherheit und erkennt keine Ressourcenknappheit. Man muss dazu viel früher ansetzen und die dafür notwendigen Instrumente erst noch schaffen, denn in der jetzigen Gesetzgebung gibt es sie nicht. Wir brauchen eine Umkehr in der Gesetzgebung: weg von

den fein ausdifferenzierten, bis in jede technische Regelung hinein reglementierenden Gesetzen, hin zu einer Zielformulierung, die eine möglichst »breite Straße« von Entscheidungsprozessen und Lösungen anbietet. *Soft law* ist das Stichwort. Diese Philosophie bringt kein Parlamentarier mit. Sie erwächst aus der Verbändegesellschaft, zu der wir geworden sind. In ihr formuliert jeder ausschließlich die eigenen Interessen und spiegelt sie nicht gegenüber den Interessen anderer oder reflektiert sie in Bezug auf die ethische Verantwortung gegenüber anderen. Würden wir uns darüber klar werden, kämen wir leichter zu einem *soft law* und zu Zielformulierungen. Bei uns läuft aber das Spiel anders: Das Ziel wird von der Politik formuliert. Einzelne suchen nach der Lücke im Gesetz, und die Politik sinnt darauf, wie diese Lücke geschlossen werden kann, bis sowohl das Ziel verloren geht als auch die Handhabbarkeit und Überprüfbarkeit des Gesetzes. Der gewünschte Nutzen für die Menschen wird nicht erreicht, was zu unglaublicher Ressourcenvernichtung führt.

Auch in sozialen Systemen werden oft die kleinen Netze zerstört, indem für jede Ausnahme eine eigene Regel geschaffen wird. Irgendwann ist dann eine Institution entstanden, die sich nur noch um ihrer selbst willen erhält, selbst wenn der Anlass, zu dem sie geschaffen wurde, längst nicht mehr besteht. Für die wirklich anstehenden Probleme haben die öffentlichen Hände zu wenig Geld, obwohl sie sehr viel davon einnehmen: Damit überfordert der Staat den Bürger. Es steht zu wenig Geld für Bildung zu Verfügung, für junge Menschen, für technische Innovation. Wirtschaft hat auch die Verantwortung, über ihr Tun aufzuklären, damit andere Partner entscheidungsfähig sind. Es gibt kein Machtgleichgewicht zwischen den Nachfragern und den Anbietern, das zeigt sich besonders bei der Bio- und Gentechnologie. Wenn es keine Kennzeichnung gibt, weiß niemand, was er konsumiert. Somit ist der Konsument nicht mündig und kein wirklich gleichberechtigter Partner. Zur Informationsgesellschaft gehört auch das Handwerkszeug, um aus der Informationsgesellschaft eine Wissensgesellschaft zu machen. Deshalb gewinnt die Informationsgesellschaft ihren vollen Wert erst, wenn wir den Weg zur Wissensgesellschaft hinter uns haben. Das aber ist noch nicht erreicht.

Die Frage nach der Arbeitszeitverkürzung beantworte ich nicht damit, dass insgesamt zu wenig gearbeitet würde. Es wird aber zu wenig in Formen der Erwerbstätigkeit gearbeitet, die zum Funktionieren der Sozialsysteme beitragen. Der aktuell einzige Wachstumsmarkt ist die *Schwarzarbeit*, und die dient nur dem privaten Konsum. Eine Verkürzung von Arbeitszeit ist keine Lösungsstrategie für die Bundesrepublik. Wir müssen zwar über Verteilung, über Freizeiten oder über Kumulation anderer Faktoren des Kapitals wie Bildung, Freizeit, Sabbatjahre nachdenken, die zu besserer Ausbildung der Arbeitskräfte und mehr Flexibilität führen, aber die reine Arbeitszeitverkürzungsdebatte ist zu Ende.

*Publikum:* Wie lange wird es dauern, bis die Staatsverschuldung zurückgezahlt ist?

*Reinhold Mokrosch:* Auch die Frage, ob nachhaltiges Wirtschaften wirklich nicht möglich ist, ist noch unbeantwortet.

*Meinhard Miegel:* Die Menschheit wirtschaftet seit rund 8.000 Jahren. Das ist bereits recht nachhaltig, aber es gab immer wieder auch totale Einbrüche. Unsere heutige Wirtschaft ist in einer Weise beschleunigt worden, für die es keine Parallele in der Menschheitsgeschichte gibt. Ob wir das Tempo der letzten 50 Jahre über eine längere Zeit aufrechterhalten können, wage ich zu bezweifeln. Wir werden, aus unterschiedlichsten Gründen, in eine Phase der starken Verlangsamung eintreten. Wir haben jetzt eine Gesamtstaatsverschuldung von 1,3 Billionen Euro. Würden wir diese wie eine dreißigjährige Hypothek behandeln, die mit 6% verzinst wird, dann müssten wir jedes Jahr 100 Mrd. Euro zurückzahlen. 5% des hierzulande erwirtschafteten müssten wir dreißig Jahre lang zum Abtrag der Schuld aufwenden. Und dies ist noch der kleinere Teil der Verschuldung, denn der Staat hat im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme Zahlungsverprechungen in einer Größenordnung von weiteren 5 Billionen Euro abgegeben, die ebenfalls bedient werden müssen. So entfällt auf jeden Erwerbstätigen in Deutschland rechnerisch eine Gesamtschuldenlast von 175.000 Euro. Das Beispiel zeigt eindrucksvoll, wie außerordentlich rückwärtsgewandt wir in der Vergangenheit gewirtschaftet haben. Nach vorne gewandt wirtschaften heißt investieren, rückwärtsgewandt wirtschaften heißt Sozialtransfers finanzieren. Letzteres haben wir in großem Umfang getan, investiert haben wir zu wenig. Ich sehe die Schwierigkeit, dass der Berufspolitiker, dessen Existenz von seinem Beruf abhängt, nicht wagt, die Bevölkerung mit dem Notwendigen zu konfrontieren, denn sie – das sagt seine Erfahrung – würde ihn dafür bestrafen. Je ehrlicher der Politiker, desto größer sein Risiko zu scheitern. Wird aber die Wirklichkeit der Bevölkerung nicht vermittelt, so wird diese auch nicht befähigt, die notwendigen Reformen zu akzeptieren und sie durchzuführen; sie weiß ja nicht, was ansteht. Deswegen sind wir Bürger – das ist mein Appell an unser demokratisches Bewusstsein – dafür verantwortlich, dass der Politiker sagen kann, was richtig ist. Wenn wir ihn dafür bestrafen, dürfen wir uns nicht wundern, dass wir belogen werden.

*Ernst Schwanhold:* Unser Land ist eines der wenigen Länder, die in den vergangenen Jahrzehnten keine Werte- und keine Zieldebatte darüber geführt hat, welche Aufgaben der Staat erledigen muss und was die Ziele eines Gemeinwesens in einer globalen Gesellschaft sind. Diese Debatte muss dringend angestoßen werden. Das kann aber nicht die Politik allein, vielleicht sogar die Politik am allerwenigsten. Solange Interessenverbände sich Menschen leisten, die Gräben ausheben und nicht zuschütten, kommen wir keinen Schritt voran. Nur bei überbrückten Gegensätzen kann es eine wirkliche Wertedebatte geben. Ich würde darum bitten, dass jeder an seiner Stelle einen Beitrag dazu leistet.